Mit Beteiligung auf dem Weg zum sicheren Endlager

Gutachten zur Weiterentwicklung der Öffentlichkeitsbeteiligung in Schritt 2 der Phase 1 des Standortauswahlverfahrens und deren Zusammenhang mit den aktuellen Herausforderungen des Gesamtprozesses

Michael Fuder in Zusammenarbeit mit Sabine Neef

im Auftrag des Nationalen Begleitgremiums

September 2022

Dieses Gutachten …

Danke für die ausnahmslose Bereitschaft zu sehr offenen Interviews und Gesprächen: NBG, BASE, BGE, PFE, PartBeauftr, weitere zivile Akteure!

… basiert auf der Beobachtung von Veranstaltungen, selbst durchgeführten Interviews sowie zahlreichen Gesprächen und dem Studium diverser Dokumente.

… liefert im Ergebnis ein Destillat aus dem, was viele Beteiligte aller Akteure beschäftigt, und daraus gezogene Schlussfolgerungen.

… enthält neun aktuelle, miteinander verknüpfte **strategische Herausforderungen an das Standortauswahlverfahren.**

… gibt **spezifische Empfehlungen an alle Akteure.**

… gibt Anregungen für **weitere Untersuchungen.**

Appell an alle Akteure:

Jetzt die Chance nutzen und mit Hochdruck eine kooperative, gemeinwohl-orientierte, von hoher Streitkultur geprägte Beteiligung etablieren!

(bevor ab der Benennung der Standorte die Beteiligungsphase mit dem legitimen, jeweils regionalen Ziel der Verhinderung beginnt)

Strategische Herausforderungen an das Standortauswahlverfahren:

Das Erreichte bewusst machen und die ganze Beteiligung würdigen

Das Erreichte bewusst machen und die ganze Beteiligung würdigen

- Historischer Fortschritt: Das heutige Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft ist vom Willen zur Kooperation geprägt.

- Die öffentliche Beteiligung mit Stärkung des staatlichen Verfahrens besteht faktisch mehr als „nur“ die Öffentlichkeitsbeteiligung nach StandAG: Forschung, Konferenzen usw.

Das gehört intensiv kommuniziert – zur Stärkung der eigenen Motivation und des Vertrauens in das Verfahren!

Strategische Herausforderungen an das Standortauswahlverfahren:

Das Erreichte bewusst machen und die ganze Beteiligung würdigen

Standortsuche zügig vorantreiben

Aufs Wesentliche konzentrieren: Weniger ist mehr!

Standortsuche zügig vorantreiben &

Aufs Wesentliche konzentrieren: Weniger ist mehr!

Aktiv öffentlich kommunizieren!

Prämissen:

- Es gibt keine Perfektion im Auswahlverfahren!
- Es kann nicht der nachweislich beste Standort werden, sondern der beste identifizierte Standort!

„Sorgfalt vor Zeit?“ – Ja, aber…

- die Zeiten können schlechter werden.
- ein (zu) langes Verfahren schreckt ab und kann zerfasern.
- die Beteiligten werden überfordert / überfordern sich.

Herausforderungen:

- „Selbstbeherrschung“, z. B. im PFE
- kluge Gestaltung der Rechtsverordnungen zu Sicherheitsuntersuchungen

Strategische Herausforderungen an das Standortauswahlverfahren:

Das Erreichte bewusst machen und die ganze Beteiligung würdigen

Standortsuche zügig vorantreiben

Die Standortsuche als nationale Aufgabe bewusst machen, dies in die Handlungsebene über-setzen und überzeugend kommunizieren

Aufs Wesentliche konzentrieren: Weniger ist mehr!

Die Standortsuche als nationale Aufgabe bewusst machen, dies in die Handlungsebene übersetzen und überzeugend kommunizieren

Prämisse: *Gemeinsames Interesse aller Menschen im Land ist Sicherheit!*

- Die Akteure müssen Vertrauen erwecken, indem sie erkennbar
  - gemeinsam den Standort mit der bestmöglichen Sicherheit anstreben, kompromisslos gegen Einzelinteressen und Einflussnahmen.
  - kontrovers und öffentlich wahrnehmbar für dieses Ziel miteinander streiten.
- Die Grundprinzipien des Standortauswahlverfahrens sind im öffentlichen Bewusstsein zu verankern: partizipativ / wissenschaftsbasiert / transparent / selbsthinterfragend / lernend und ROLLENDEFINIERT.
- Alle politischen Ebenen bis zur Kommunalpolitik sind gezielt zu beteiligen: Sie alle sind „Gewährsträger“ des gemeinwohlorientierten Verfahrens!

Strategische Herausforderungen an das Standortauswahlverfahren:

Das Erreichte bewusst machen und die ganze Beteiligung würdigen

Standortsuche zügig vorantreiben

Den Eindruck von Vorfestlegungen vermeiden

Die Standortsuche als nationale Aufgabe bewusst machen, dies in die Handlungsebene über-setzen und überzeugend kommunizieren

Aufs Wesentliche konzentrieren: Weniger ist mehr!

Den Eindruck von Vorfestlegungen vermeiden

- BGE erarbeitet „nur“ Empfehlungen.
  - ↳ BASE macht am Schluss der Phase Gesamtprüfung und dem Bundestag einen Vorschlag.
    - ↳ Erst der Bundestag entscheidet.
- Falsche Eindrücke *(z. B. „Musterdorf ist raus, weil nur Kategorie C!“)*
  - ⇨ stiften Verwirrung und Frust in der Öffentlichkeit!
  - ⇨ untergraben die Rollenklarheit!
- vor allem BGE gefordert: Bedeutung der BGE-Erkenntnisse und Bewertungen im Verfahren kontinuierlich öffentlich bewusst machen
- Aufsichtsabteilung des BASE gefordert: ohne Rollenverletzung Rücksprünge so gut wie möglich verhindern

Strategische Herausforderungen an das Standortauswahlverfahren:

Das Erreichte bewusst machen und die ganze Beteiligung würdigen

Standortsuche zügig vorantreiben

Den Eindruck von Vorfestlegungen vermeiden

Die Standortsuche als nationale Aufgabe bewusst machen, dies in die Handlungsebene über-setzen und überzeugend kommunizieren

Aktive Beteiligung einfach, effektiv und attraktiv machen!

Den zivilgesellschaftlichen Teil des PFE zum Bestandteil einer akteurs- und phasen-übergreifenden Sicherheits-architektur entwickeln

Aufs Wesentliche konzentrieren:
Weniger ist mehr!

Aktive Beteiligung einfach, effektiv und attraktiv machen! & Den zivilgesellschaftlichen Teil des PFE zum Bestandteil einer akteurs- und phasenübergreifenden Sicherheitsarchitektur entwickeln

- Die gemeinwohlorientierten Zivilgesellschaftler*innen auf Händen tragen:
  angemessene Ressourcen · BASE als „Dienstleister“ · Fortbildungsangebote
- gemeinsame Aufgabe: Das „Asse-Trauma“ (Scheitern der ersten Asse-2-Begleitruppe) überwinden!
- aus zivilgesellschaftlichem Teil des PFE losen Verbund von kompetenten, gemeinwohlorientierten Sicherheits-„Laienexpert*innen“ entwickeln
  - ⇨ Herausforderung: Selbstüberforderung verhindern!
  - ⇨ NBG und Partizipationsbeauftragter für unabhängige Unterstützung, Coaching, Moderation, Mediation, …

Empfehlungen für Veranstaltungen und Publikationen

<u>Allgemein</u>

- jeder Veranstaltung kurze **Einführung** für neue Interessierte vorschalten
- jegliches **Insider-Verhalten vermeiden** bzw. durch Moderation auflösen
- zu Beginn **Vorgeschichte, Rahmen und Akteure** mit Funktion vorstellen
- **Transparenz** über Kern-Diskussionspunkte herstellen
- für Ergebniseffektivität bei Bedarf simultan **Wort-für-Wort-Protokolle** erstellen
- **Medienvertreter*innen betreuen**, ergänzt um eigene Medienverlautbarungen
- **Abkürzungsverzeichnis** dauerhaft sichtbar machen

Empfehlungen für Veranstaltungen und Publikationen

<u>Online</u>

- Online-Teilnehmer*innen **frühzeitig** in den Veranstaltungsraum **einlassen**
- benötigte **Software und Funktionen** über gesamten Prozess beibehalten
- so wenig wie möglich verschiedene **Tools gleichzeitig** einsetzen
- **Sprecher*innen** erkennbar machen (Name, Funktion)
- **Chat** freigeben
- interessante **Online-Diskussionen** in Konferenzsaal übertragen
- **„Plauder-Meeting-Raum“** einrichten (Ersatz für „Pausengespräche“)
- für Abstimmungs-App **Erklärfilme** zur Verfügung stellen
- Online-Teilnehmer*innen vor der Veranstaltung **Testzugang** und Unterstützung anbieten

Strategische Herausforderungen an das Standortauswahlverfahren:

Das Erreichte bewusst machen und die ganze Beteiligung würdigen

Standortsuche zügig vorantreiben

Den Eindruck von Vorfestlegungen vermeiden

Die Standortsuche als nationale Aufgabe bewusst machen, dies in die Handlungsebene über-setzen und überzeugend kommunizieren

Aktive Beteiligung einfach, effektiv und attraktiv machen!

Den zivilgesellschaftlichen Teil des PFE zum Bestandteil einer akteurs- und phasen-übergreifenden Sicherheits-architektur entwickeln

Aufs Wesentliche konzentrieren: Weniger ist mehr!

Das BASE zu einem gleichwertigen „Akteur mit besonderen Aufgaben“ entwickeln

Das BASE zu einem gleichwertigen „Akteur mit besonderen Aufgaben“ entwickeln

Das BASE

- ist in seinem Ruf als Repräsentant des Staates historisch belastet.
- kommt aus der Tradition der „Bürokratie“.
- ist (und muss bleiben): eine Verwaltungsbehörde, die
  - kompromisslos die Umsetzung des StandAG sicherzustellen hat.
  - die Rollenausübung aller Akteure gegen Verwässerung verteidigt.
  - damit den Rechtsstaat garantiert!
  - gegenüber BMUV und Gesetzgeber rechenschaftspflichtig ist.
  - dafür in Stil und Inhalt absolute Unabhängigkeit zu wahren hat.

Das BASE zu einem gleichwertigen „Akteur mit besonderen Aufgaben“ entwickeln

Das BASE hat gleichzeitig neue Aufgaben:

- eine Beteiligung voranzutreiben und zu tragen, die zur zweiten gesellschaftlich-demokratischen Legitimationsebene werden kann (neben dem repräsentativ-parlamentarischen Verfahren)
- seine Beteiligungskompetenzen weiterzuentwickeln, um überzeugend „auf Augenhöhe“ als überzeugender Ermöglicher, Förderer, Vorantreiber, … agieren zu können
- auch in seiner Aufsichtsabteilung eine „partizipative“ Kultur zu entwickeln (im Rahmen der gesetzlichen Aufgabe)
- sich als rechenschaftspflichtig auch gegenüber den zivilgesellschaftlichen Akteuren anzusehen
- unpopuläre Entscheidungen schlüssig zu begründen

Das BASE zu einem gleichwertigen „Akteur mit besonderen Aufgaben“ entwickeln

Die anderen Akteure, vor allem aus der Zivilgesellschaft, müssen

- die speziellen Rollen und Arbeitsbedingungen des BASE als Wert schätzen.
- ggfs. das historisch bedingte Grund-Misstrauen überwinden.
- bei „Irritationen“ fragen, klären, diskutieren und bei Bedarf streiten statt mutmaßen.
- das bereits praktizierte große Engagement des BASE für eine noch nie dagewesene Beteiligung anerkennen.
- auch dem BASE Fehler und Lernprozesse zugestehen.

Strategische Herausforderungen an das Standortauswahlverfahren:

Das Erreichte bewusst machen und die ganze Beteiligung würdigen

Standortsuche zügig vorantreiben

Den Eindruck von Vorfestlegungen vermeiden

Die Standortsuche als nationale Aufgabe bewusst machen, dies in die Handlungsebene über-setzen und überzeugend kommunizieren

Aktive Beteiligung einfach, effektiv und attraktiv machen!

Den zivilgesellschaftlichen Teil des PFE zum Bestandteil einer akteurs- und phasen-übergreifenden Sicherheits-architektur entwickeln

Eine gemeinsame Plattform für übergeordnete Prozessfragen etablieren

Aufs Wesentliche konzentrieren: Weniger ist mehr!

Das BASE zu einem gleichwertigen „Akteur mit besonderen Aufgaben“ entwickeln

Eine gemeinsame Plattform für übergeordnete Prozessfragen etablieren

Es existieren aktuell zwischen den Akteuren ungeklärte Differenzen um die Interpretation und praktische Umsetzung des StandAG.

Eine gemeinsame Plattform für offene Auseinandersetzungen und Klärung übergeordneter Prozessfragen auf Leitungsebene scheint notwendig zu sein.

Das BMUV sollte – rollengemäß als „Intendant“ – in wichtigen Fragen des Prozesses sichtbar sein, auch auf der „gemeinsamen Plattform“.

Bitte im Gutachten nachlesen!

Anregungen für weitere Untersuchungen

- Analysen über Einstellungen, Interessen usw. von Bevölkerungsgruppen bezüglich Beteiligung
- Konzeption für eine phasen- und akteursübergreifende Sicherheitsstruktur
- Konzeption für Angebote zur besseren Befähigung von „Laienexpert*innen“
- Analyse der Gelingensbedingungen für eine funktionierende sich selbst organisierende Gruppe aus der Zivilgesellschaft
- Konzeption zur Vermeidung von Vergessensprozessen
- Betrachtungen zur Umsetzung des Anspruches von Selbsthinterfragen und Lernens beim BASE
- Betrachtungen zur Frage, inwieweit der Umgang mit Schacht Konrad, Asse II und Morsleben skandalisiert werden und damit der Glaubwürdigkeit des Beteiligungsprozesses schaden könnte
- Betrachtungen über Möglichkeiten, Kulturelemente in das Beteiligungsverfahren einzubeziehen
- Überlegungen über die Notwendigkeit und Möglichkeit einer gesellschaftlich-politischen Aufarbeitung der jahrzehntelangen Konflikte um die Atomenergie als Voraussetzung für ein erfolgreiches Standortauswahlverfahren
- Untersuchungen zum Umgang mit und Nutzung von Evaluationsergebnissen

Schritt 2 der Phase 1 bietet die Chance, eine funktionierende gemeinwohlorientierte Beteiligung zu etablieren, bevor ab der Benennung der Standorte die Beteiligungs-phase mit dem legitimen, jeweils regionalen Ziel der Verhinderung beginnt.